

Entlastung geringer Einkommen - Pflegende auch mitdenken

Die große Koalition plant steuerliche Pauschbeträge für Pflegende zu erhöhen. Dazu gibt es viel Kritik von grüner Seite. Darüber berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland und zitiert Wolfgang Strengmann-Kuhn wie folgt:

Die Grünen haben das Vorhaben der großen Koalition, die steuerlichen Pauschbeträge für Pflegende zu erhöhen, als weitgehend wirkungslos kritisiert. Es bestehe eine soziale Schieflage, sagte der Grünen-Sozialpolitiker Wolfgang Strengmann-Kuhn dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

Die Hälfte der Pflegenden verfügten lediglich über ein Monatseinkommen von nicht einmal 1000 Euro, betonte er. Zwei von drei pflegenden Angehörigen seien gar nicht erwerbstätig. Durch die Pauschbeträge würden aber nur Menschen entlastet, die ein entsprechendes Einkommen hätten, argumentierte der Grünen-Politiker.

Wer keine oder nur geringe Steuern zahle, habe auch nichts von einer Erhöhung. Zudem steige die Entlastung mit dem Einkommen. Nötig seien daher gerechtere Lösungen.

Die Bundesregierung plant, den steuerlichen Pauschbetrag von jetzt 924 Euro auf 1800 Euro zu verdoppeln. Der entsprechende Gesetzentwurf soll am Donnerstag vom Bundestag beschlossen werden. Durch einen Pauschbetrag wird das zu versteuernde Einkommen gesenkt.

Die Grünen schlagen stattdessen einen Abzug von Pflegeaufwendungen von der Steuerschuld vor – wie zum Beispiel bei den Handwerkerleistungen. Dabei ist die Entlastung unabhängig von der Höhe des Einkommens. Das sei sozial gerechter, argumentierte Strengmann-Kuhn.

Der Artikel von Tim Svent- Ivanyi "Grüne fordern sozial gerechte Unterstützung für Pflegende" erschien am 29.10.2020 und ist hier zu finden: <https://www.rnd.de/politik/grune-fordern-sozial-gerechte-unterstuetzung-fur-pflegende-5QQBDNYB7BF5FMXXJX2AGQJASU.html>

Quelle: <http://archiv2020.strengmann-kuhn.de/?id=3021769>

© {\$site_title} 2021